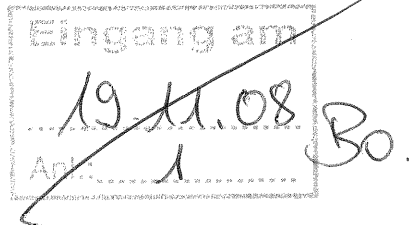


BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Schulstr. 39 26506 Norden

An den
Rat der Stadt Norden

hier



Schulstr. 39
26506 Norden
Telefon: 04931 - 4442
Telefax: 04931 - 167 107
E-Mail: gruene.norden@t-online.de
Internet: www.greue-ne-norden.de

Norden, den 17.11.2008

Betr.: Naturwatt - Strom

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,
sehr geehrter Herr Vorsitzender,

Die Fraktion *Bündnis 90 / DIE GRÜNEN* stellt zum 4. 12. 2008 folgenden Ratsantrag:

Die Stadt Norden wird mit ihren Betrieben künftig ausschließlich NaturWatt – Strom plus von den Norder Stadtwerken beziehen.

Begründung:

Die Stadt Norden setzt auf Klimaschutz durch die Förderung der Erzeugung von Strom aus Wind- und Sonnenenergie.

Die Stadtwerke Norden erzeugen selbst Windstrom und möchten vermehrt selbst Strom aus Windkraft erzeugen.

Die Stadt Norden investiert in Energiesparmaßnahmen in ihren Einrichtungen und kann mit einer zusätzlichen Investition in den Bezug von Ökostrom ein Zeichen kommunaler Verantwortung setzen und sich mit ihrem Handeln anderen Kommunen und öffentlichen Einrichtungen anschließen, die eine zukunftsfähige Energiepolitik beschleunigen und den Ausstieg aus der Atomenergie fordern. Auch der Deutsche Bundestag bezieht für seine Gebäude seit kurzem bereits 100 % Ökostrom.

Der durch die Stadtwerke Norden insgesamt gelieferte Strom wurden nach eigenen Angaben 2006 zu 43,3 % aus Kernenergie, zu 39 % aus fossilen und sonstigen sowie zu 17,7 % aus regenerativen Energieträgern erzeugt. Bei der Produktion des Stroms fielen pro Kilowattstunde 351 g CO² - Emissionen und 0,0010 g radioaktiver Abfall an.

Für NaturWatt plus wird der Strom zu 100 % aus erneuerbaren Energien erzeugt (50 % Wasserkraft, 49 % Windenergie, 1 % Sonnenenergie).

Strom mit Atomkraftwerken zu gewinnen, ist aus mehreren gewichtigen Gründen abzulehnen.

Die Klimawende 2020 muss erreicht werden und eine Verlängerung der gesetzlich vereinbarten Laufzeiten für die Atomkraftwerke verhindert werden, da bisher noch kein Land weltweit die Frage des radioaktiven Mülls geklärt hat, diese Energieform nach wie vor unbeherrschbar ist und die Folgen von Tschernobyl gezeigt haben, dass dieses Risiko zu hoch ist. Das Unfallrisiko steigt mit der Betriebsdauer und auch Terroranschläge sind vermehrt denkbar. Die Folgekosten dieser Energieerzeugung werden unkalkulierbar und letztendlich der Allgemeinheit belastet.

Für echten Klimaschutz brauchen wir einen Umbau des gesamten Energiesystems, weg von den großen, zentralen, ineffizienten Kraftwerken, hin zu dezentralen, erneuerbaren und effizienten Energiequellen.

Atomkraftwerke, die weiterlaufen, abgeschrieben und damit Gelddruckmaschinen für die Energiekonzerne sind, verhindern neue Investitionen in innovative Energiesysteme von Seiten der Konzerne.

Das Klimaargument nützen die Energiekonzerne vor allem, um neue Akzeptanz herzustellen und neue Subventionen zur Förderung der Atomenergie zu gewinnen.

Wie wenig ihnen tatsächlich am Klimaschutz liegt, zeigt dass alle großen Energieversorger auch Kohlekraftwerke betreiben und neu planen. Der immense CO² - Ausstoß dieser Kraftwerke sorgt die Konzerne offensichtlich wenig.

Bei der Herstellung der Brennstäbe für Atomkraftwerke aus Uran entsteht durchaus auch CO².

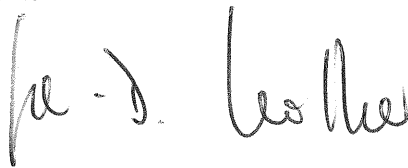
Das Ökoinstitut rechnet mit einem Globalem Emissionsmodell und erhält bei Atomstrom einen CO² - Ausstoß von 32 g / KWStd. (im Verhältnis zu Windpark 18,5 , modernem Gaskraftwerk etwa 400, Steinkohle über 900 und Braunkohle 1024 –aus GEMIS 4.2, Stand November 2004).

Die britische Wissenschaftlergruppe Oxford Research Group hat dagegen in 2007 eine Studie veröffentlicht und sieht darin, dass Atomkraft bereits heute bis zu einem Drittel so viel CO² emittiert wie Gaskraftwerke.

Zurzeit bringt uns zudem die Unterstützung der Erneuerbaren Energie eine weltweit führende wirtschaftliche Rolle in dem Bereich Solarenergie, Windkraft und Biomasse. Dadurch konnten deutschlandweit in diesem Bereich über 250000 hochwertige Arbeitsplätze entstehen mit steigender Tendenz. Auch Norder Bürger finden vermehrt Arbeitsplätze durch die Herstellung z.B. von Windenergieanlagen und deren Betrieb, auch diese Entwicklung sollten wir mit unserer Entscheidung begünstigen.

Mit freundlichen Grüßen

Für die Fraktion



Gerd-D. Köther